

# PRESSEMITTEILUNG

08.05.2017

## **CDU: FLEXIBILITÄT MUSS DEN ANGEHÖRIGEN WEITER ERMÖGLICHT WERDEN**

In der heutigen Sitzung des Ausschusses für Umweltschutz und Grünflächen wurde über die neue Friedhofssatzung der Landeshauptstadt Hannover abgestimmt. Die Verwaltung möchte unter anderem die Dauer des sogenannten ergänzenden Nutzungsrechtes ändern. Diese Regelung gibt Angehörigen die Möglichkeit, ein Grab auch nach Ablauf der zu Beginn festgesetzten Nutzungsdauer zu erhalten. Statt bisher für ein Jahr, soll diese Zeit künftig nur noch für mindestens fünf Jahre verlängert werden können. Dies will die **CDU**-Ratsfraktion ausdrücklich verhindern.

„Mit unserem Antrag möchten wir dafür sorgen, dass die Bürgerinnen und Bürger auch zukünftig flexibel über die weitere Nutzung der Friedhofsgräber entscheiden können“, so **Maximilian Oppelt**, umweltpolitischer Sprecher der **CDU**-Ratsfraktion. „Nicht jeder ist in der Lage, für fünf Jahre im Voraus zu planen – vor allem nicht finanziell“, betont **Oppelt**.

Mit dem Änderungsantrag tritt die **CDU** für die Interessen der Bürgerinnen und Bürger Hannovers ein. „Uns wurde seitens der hannoverschen Bevölkerung zugetragen, dass die Angehörigen weiter eine flexible Regelung wünschen und einzelne Jahre nachkaufen möchten“, erklärt **Oppelt**. „Die Stadt versucht den Verwaltungsaufwand auf Kosten der Angehörigen zu reduzieren. Dies ist auch aus Gründen der Pietät nicht akzeptabel. Leider hat auch die Ampelkoalition in der heutigen Abstimmung die Augen vor der Realität verschlossen und unseren Antrag abgelehnt“, ärgert sich **Oppelt**.

Außerdem stellte die **CDU** einen Antrag, die Arbeitszeiten der Gewerbetreibenden auf den Friedhöfen zu verlängern. Sie sollen zukünftig auch freitags bis 16 Uhr auf den Friedhöfen arbeiten können. Bisher müssen sich die nichtstädtischen Friedhofsgärtner an die von der Stadtverwaltung vorgegebenen Zeiten anpassen und können freitags nur bis 12 Uhr auf den Friedhöfen arbeiten. „Diese Regelung ist wenig praktikabel für die Friedhofsgärtner, die so zu wenig Zeit für die Pflege der vielen Gräber haben“, so **Oppelt**. Auch hier zeigte die Ampelkoalition keinen Sinn für die Wirklichkeit und stellte sich gegen den Antrag der **CDU**.

